

# Berliner Tageblatt



Nr. 415

und Handels-Zeitung

Freitag, 2. September 1927

Verlagshaus: Theodor Wolff in Berlin.

Druck und Verlag von Rudolf Mollé in Berlin.

## Bölkerverbund und Presse.

### Die Diplomaten über die Pressekonferenz. Reden in der ersten öffentlichen Ratssitzung.

(Telegramm unseres Sonderkorrespondenten.)

E. F. Genf, 2. September.

Die heutige öffentliche Sitzung des Bölkerbundes gestaltete sich zu einer besonderen Ehrung für die Presse. Die Genfer Pressekonferenz, bei der zum ersten Male die Pressefachverständigen fast aller Länder sich vereinigten, hat noch lange nicht die Beachtung gefunden, die sie nach den Persönlichkeiten ihrer Mitglieder und nach dem sachlichen Inhalt ihrer Beratungen und Beschlüsse verdient. Dem Bölkerbundsrat lag als Ergebnis der Konferenz ein 18 Blätter umfassendes Schreiben förmlichen Inhalts vor, das die Bedeutung der Konferenz zusammenfaßt und einen Einblick in die Fälle der dort geleisteten Arbeit ermöglicht. Hatte schon der belgische Vertreter, de Broeckere, der den Bericht gab, in sehr freundlichen Worten der Bedeutung der Presse gedacht, so hätte die Diskussion mit ihren vielen an die Adresse der Journalisten gerichteten schmeichelhaften Bemerkungen glänzende Kohlen auf das Haupt der Presse, die so oft scharfe Kritik am Bölkerbund zu über genötigt ist. Besonders Beifall fand die Rede des deutschen Staatsministers Stresemann, der anerkannte, wie notwendig gerade der Bölkerbund die Tätigkeit der Presse als Ergänzung der eigenen Arbeit brauche. Mit lebhafter Begeisterung nahmen die zahlreichen Pressevertreter, die die Gläser erheben bis auf den letzten Pfropfen, die humanistische Bitte des Redners an, sie möchten, nachdem sie jetzt selber die Notwendigkeit zu Kompromissen in ihrer eigenen Versammlung kennen gelernt hätten, künftig nicht über Kompromisse urteilen und sie nicht immer gleich als ein Zeichen der Schwäche auslegen. Die Journalisten werden mit großer Befriedigung die vielfachgeäußerten, aus drei Weltteilen kommende Anerkennung ihrer Arbeit registrieren. Noch freundlicher werden sie sie anerkennen, wenn die positive Arbeit des Bölkerbundes ihre Kritik überflüssig macht.

Genf, 2. September.

Nach 11 Uhr eröffnete der Vorsitzende Villegas (Schweiz) die öffentliche Sitzung, die im Gartensaal stattfand. An der Anstalt saßen die Mitglieder in der üblichen Reihenfolge. Neben dem Vorsitzenden der Generaldirektor des Bölkerbundes, Sir Eric Drummond, zu seiner Rechten Chamberlain, links vom Präsidenten Paul Boncour, der Briand vertret. Ihm folgt Scialoja, neben dem Stresemann seinen Platz hat. Neu in der Ratssitzung ist der Nachfolger des ausgeschiedenen japanischen Mitgliedes Grafen Itô, der aus mancher Kommissionsdebatte als lebhafter und wirksamer Sprecher bekannte Baron Adachi. Rumänien wird durch den Minister Titulescu vertreten, Belgien durch de Broeckere. Eine neue Ergänzung ist auch der chinesische Vertreter Wang, der Gesandte in Portugal, als Nachfolger Itôs, für Polen, dessen Ratssprecher Jazowski erst in einigen Tagen eintrifft, sitzt Sozial am Ratstisch.

Der Vorsitzende spricht zunächst der rumänischen Regierung das Beileid des Rates anlässlich des Todes des Königs Ferdinand an. Titulescu dankt. Zur Behandlung kommt alsbald eine Anzahl kleinerer Danziger Fragen, die debattiert erledigt werden. Sodann berichtet de Broeckere über die kürzlich hier abgehaltene internationale Pressekonferenz. Er betont, daß die von der Konferenz angenommenen Entschlüsse in zwei Gruppen zerfallen, von denen sich die eine auf Tarif-, Schiffer-Zeitungen, Verbesserung der Verbindungen, Beförderung der Zeitungen und Ausweisarten für die Journalisten bezieht. Diese Entschlüsse bedürfen noch eines gründlicheren Studiums durch die Verkehrsorganisation des Bölkerbundes. Die zweite Gruppe der Anträge, die sich auf den Schutz der Nachrichten, berufliche Entscheidungen und die Zensur beziehen, erforderten ein Vorgehen des Rates bei den verschiedenen Regierungen. Er beantragt, die Angelegenheit der Zensurberatung zu überweisen. Der Rat werde zweifellos bereit sein, gegebenenfalls die Mitwirkung des Bölkerbundes für die Vorbereitung einer weiteren derartigen Konferenz zuzusichern. Lord Burnham betonte jedoch die Bedeutung dieser Konferenz, auf der fast alle Nationen, die dem Bölkerbunde angehören, einschließlich der Vereinigten Staaten und Rußland, vertreten gewesen seien. Diese Konferenz sei die offizielle Anerkennung der internationalen Bedeutung der Presse durch den Bölkerbund. Darauf nahm Minister Stresemann das Wort. Er habe der Pressekonferenz nicht selbst beiwohnen können, aber nach den vorliegenden Berichten müsse er sich durchaus dem anschließen, was der Berichterstatter über seinen Einbruch von der Konferenz mitgeteilt habe. Der Rat könne sich beglückwünschen, die Initiative zu dieser Konferenz ergreifen zu haben. Es wolle etwas bedeuten, wenn die Presse von 38 Ländern zusammenkomme, und es sei ebenfalls von großer Bedeutung, daß die Verleger, Journalisten sowie die Vertreter der Nachrichtenagenturen sich zusammengefunden hätten, um gemeinsam einen Weg zur Erleichterung für die Arbeiten der Presse zu suchen. Die vorgelegten Resolutionen sollten vom Bölkerbund großzügig und energisch weiter verfolgt werden. „Wir selbst, die wir im politischen Leben stehen“, sagte der Minister, „wissen, was die öffentliche Meinung bedeutet. Wir wissen, daß sie die Ergänzung unserer Arbeit ist, und daß von ihr entweder die Befriedigung der Welt oder die Anhebung der öffentlichen Meinung ausgeht. Ich betrachte es als ein glänzendes Omen für Bölkerbund und Presse, daß sie zum Ziele der Verständigung zusammenarbeiten.“ Die Konferenz hatte in demselben Saale stattgefunden, in dem sonst die Bölkerbundsversammlungen tagten, und es sei nahezu die Zahl der dem Bölkerbund

angehörenden Staaten dabei vertreten gewesen. Die Pressevertreter hätten bei diesen Verhandlungen die Erfahrungen machen können, daß es nicht immer leicht sei, die Vertreter von so vielen Nationen zu einigen und daß das Suchen nach einem Kompromiß nicht immer das Zeichen politischer Schwäche, sondern manchmal auch ein Zeichen politischer Weisheit seien. Paul Boncour erklärte es ebenfalls für notwendig, daß der Bölkerbund die Durchführung der Resolutionen energisch unterstütze, da sie für die Sicherung des Friedens von großer Bedeutung wären. Der Vertreter Kolumbiens Herrera unterstrich die Notwendigkeit, daß ein Teil der Resolutionen bis zur nächsten Ratssitzung gründlich geprüft werden könne. Der japanische Vertreter Adachi betonte die Bereitschaft seines Landes, das auch an dieser Konferenz vertreten gewesen sei, an internationalen Verständigungen mitzuarbeiten. Chamberlain führt aus, es sei klar, daß die Resolutionen die erste Aufmerksamkeit der Regierungen verdienen. Er danke den Mitgliedern der Konferenz und wolle hinzufügen, daß eine Anzahl dieser Entschlüsse seiner Unterstützung der Regierung bedürfen, wenn man sie selbst durchsetzen könnte, so zum Beispiel die Resolution über die moralische Abrüstung. Die Bedeutung dieser Resolution ist ganz besonders groß. Der Vertreter Großbritanniens schloß mit dem Hinweis, daß das Wirken der Presse oftmals die Leistung der Staatsmänner übertriffe.

### Erste Begegnung.

(Telegramm unseres Sonderkorrespondenten.)

E. F. Genf, 2. September.

Das erste Zusammentreffen der deutschen und französischen Delegierten erfolgte gestern am späten Abend in dem etwa 15 Kilometer entfernten Dorf, im Gasthause „Zelle russe“, in dem der frühere großherzogliche Küchenchef Ravanzoli seine berühmte Küche führt. Die Zusammenkunft war um 8 Uhr vereinbart. Infolge eines Zusammenstoßes, den das Auto Boncour's mit einem Radfahrer hatte, verzögerte sich die Ankunft der Franzosen. Der französische Seite nahmen außer Boncour teil: Paul Boncour, Professor Genard und einige andere. Stresemann war in Begleitung der Staatssekretäre v. Schubert und v. Müller. Das Zusammenkommen hatte einen rein gesellschaftlichen Charakter. Politische Erörterungen fanden nicht statt.

Genf, 2. September.

Chamberlain benutzte den gestrigen Nachmittag zu einer Rücksprache mit den Vertretern Ungarns und Rumäniens, mit denen er die bekannte Streitfrage über die Enteignung des ungarischen Grundbesitzes in Rumänien besprach, die den Rat beschäftigen wird.

### Vanderveelde nach Brüssel gereist.

Wegen der Frankfurterangelegenheit?

(Telegramm unseres Sonderkorrespondenten.)

E. F. Genf, 2. September.

Es erregte heute vormittag Aufsehen, daß im Bölkerbundsrat der belgische Außenminister Vanderveelde nicht erschienen war, trotzdem er das Referat über die Konferenz der Pressefachverständigen zu halten hatte. Er wurde durch de Broeckere vertreten. Wie verlautet, ist Vanderveelde nach Brüssel zurückgekehrt, und zwar mit Rücksicht auf den Besuch des belgischen Außenministers in Deutschland, der sich gegen die von Vanderveelde an Deutschland vorgelegene internationale Enquetekommission des Frankfurterkrieges ausgesprochen hat. Vanderveelde soll nach Brüssel zurückgekehrt sein, um die geleitete Einheit des belgischen Kabinetts wiederherzustellen. Es heißt ferner, daß der belgische Außenminister Genf verlassen hat. Wie ich höre, handelt es sich nicht nur um die Frage der Enquete über den belgischen Frankfurterkrieg, sondern auch um die Frage des belgischen Ratstages sowie um die Angelegenheit der Truppenverminderung im Rheinland, über die Chamberlain gestern nachmittag mit dem belgischen Außenminister ausführlich konferierte. Alle diese Dinge will Vanderveelde im belgischen Kabinett zur Sprache bringen. Wie man hier glaubt, kommt eine Ministerreise nicht in Betracht. Wie mir ein Mitglied der belgischen Delegation mitteilt, wird Vanderveelde bereits morgen wieder nach Genf zurückkehren. Mein Gewährsmann erklärt: „Minister Vanderveelde wird morgen wieder an der Ratstafel Platz nehmen.“

Brüssel, 2. September. (W. Z. B.)

Der belgische Außenminister Vanderveelde ist, von Genf zurückkehrend, heute früh in Brüssel angekommen.

### Die nichtständigen Ratsmitglieder.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Genf, 2. September.

Die Vätertennung, daß auch Danemark für einen der drei freizuwählenden nichtständigen Ratsmitglieder in Frage komme, wird von unternichteter Seite als unzutreffend bezeichnet. Als Kandidaten kommen in erster Linie **Irland** und **Portugal** in Betracht. Wie schon gemeldet, bewirbt sich auch Griechenland um einen der Sitze. Die Wiederwahl Belgiens gilt als wahrscheinlich.

(Siehe auch Seite 2.)

## Die Partei der Mißvergünstigten und Enttäuschten.

Paul Steinborn.

In Hamburg hat soeben die sogenannte Reichspartei des deutschen Mittelstandes, kurz Wirtschaftspartei genannt, getagt und so etwas wie einen Parteitag veranstaltet, von dem man außerhalb des Kreises der spezialisierten Delegierten und Parteifunktionäre kaum Notiz genommen hat. Wie das bei Veranstaltungen dieser Partei ja nach Lage der Dinge zumeist der Fall zu sein pflegt, wenn nicht die deutschnationale Presse aus naheliegenden Gründen einiges Interesse bekundet hätte, dann würde man von den Verhandlungen überhaupt kaum etwas erfahren haben. Denn es ist bekanntlich das Schicksal dieses Unikums unter den Parteien, daß ihre politische Existenzberechtigung nur in der Einbildung vorhanden ist. Eine Tatsache, die neuerdings in steigendem Maße und sichtbar ja auch in den Kreisen ihrer Wählerschaft erkannt wird. Man hat die Wirtschaftspartei die Partei der bewußten Programmlosigkeit, der konsequenten Inkonsequenz genannt, und man hat gesagt, daß sie die private Angelegenheit eines Kreises von Männern sei, die die Interessen des Mittelstandes nur als Mittel zu anderem Zweck gebrauchen. Und diese Anschauung war in mehr als einer Beziehung durchaus berechtigt und begründet, denn die Wirtschaftspartei ist im Reichstag wie in den Länder- und Stadtparlamenten bei Abstimmungen zwar häufig gern bereit gewesen, schüßend vor die Interessen des Großgrundbesitzes, der Großindustrie und des Großhandels zu treten, es dürfte aber ungleich schwerer sein, irgendeinen wirklich beweiskräftigen Fall anzuführen, wo sie für die Not- und Lebensnotwendigkeiten des von ihr angeblich vertretenen Mittelstandes mehr als bloße Worte zur Verfügung gehabt hätte. Ja, nicht einmal das. Es ist in den Ausschüssen und im Plenum der Parlamente geradezu zu einer kindigen Lebung geworden, daß von der Wirtschaftspartei von verschiedenen Rednern zwei einander unwerdlich entgegengesetzte Redeversetzungen vertreten wurden, und daß, wenn schließlich abgestimmt wurde, die Wirtschaftspartei sich schließlich der Stimme überhaupt enthielt, sich und ihre Wähler also bemußt ausschaltete. Diese Praxis kann man nur in Deutschland — aber selbst dort bloß eine Weile — üben. Auf die Dauer geht es doch nicht an, daß eine Partei zum Beispiel die Aufhebung der Wohnungswirtschaft als die wichtigste aller politischen und wirtschaftlichen Fragen bezeichnet, aber wenn es gerade in den Kram paßt, einen sozialdemokratischen Antrag annimmt, der auf die Verlängerung der Wohnungswirtschaft hinauswinkt. Und so, wie es in dieser Frage ging, ging es auch in allen anderen Dingen. Wenn Herr Professor Bredt sich für die Erhöhung der Lohnsteuer einsetzt, und sie als einzige noch zur Verfügung stehende Steuerquelle bezeichnet, so wird er damit sicherlich wieder den uneingeschränkten Beifall der Landwirtschaft und der Industrie finden, aber er zeigt unmisslich, daß ihm die dann drohende weitere Belastung des Mittelstandes völlig gleichgültig ist.

Alles das ist begrifflicherweise schließlich doch nicht ohne Einfluß auf die Stimmung der Wähler des Herrn Bredt und seiner Freunde geblieben, und der Hamburger Parteitag verdient deshalb auch aus dem Grunde eine kurze nähere Betrachtung, weil auf ihm bei mehr als einer Gelegenheit erichtlich wurde, daß aus der Partei der Programmlosigkeit und der Inkonsequenz allmählich eine Partei der Mißvergünstigten und Enttäuschten geworden ist.

Die Wirtschaftspartei hat immer davon gelebt, daß sie ihren Gläubigern erzähle, ihre Räte und Schwierigkeiten seien allein aus dem Verlagen der anderen politischen Parteien zurückzuführen. Sie hat den Hauswirten die Aufhebung der Zwangswirtschaft verheißen und mit den Mietern für deren Verlängerung gekämpft, sie hat dem Kleinverleger die Herabsetzung der Steuern in Aussicht gestellt und gleichzeitig die Schliebsche Steuererhöhung- und Auslieferungspolitik ermöglicht. Aber sie konnte das nur, weil die parlamentarischen und parteipolitischen Verhältnisse sie davor bewahrten, innerhalb der Regierung den bloßen Worten auch Taten folgen lassen zu müssen. Man sagt allerdings, und um der geistlichen Gerechtigkeit willen sei das ausdrücklich verzeichnet, daß im Verlaufe einer der letzten Regierungskrisen Herr Dreiwitz geneigt gewesen sei, den „Zwang zur Verantwortung“ anzuerkennen; da er das aber augenscheinlich mit besonderer Begegnung auf seine eigene Person bekundete, so soll Herr Professor Bredt, der ja auch bei der Abstimmung über den Etat willig das „Obium der Abstriche“ den Demokraten überließ, gegen Herrn Dreiwitz als Minister lebhaften Einspruch erhoben haben. Man hat uns das erzählt, und ohne in eine nähere Textkritik einzutreten, möchten wir uns auf Theodor Fontane beziehen, der einmal gesagt hat, große Männer würden durch eine gute Anekdote viel besser gekennzeichnet, als durch eine zweibändige Biographie. ... Auch muß man — die Gerechtigkeit kann niemals so weit getrieben werden — darauf hinweisen, daß es in Sachen seit einiger Zeit den Financeminister Weber gibt, der der Wirtschaftspartei angehört, und der jetzt in Hamburg denn auch eine „grundlegende“ Rede gehalten hat. Wer allerdings glaubt, daß Herr Weber nun gelagt und gezeigt hätte, wie man die Steuerlast im allgemeinen und zugunsten des von seiner Partei vertretenen Mittelstandes im besonderen mildern könne, der wird schwer enttäuscht. Denn die Feststellung des Herrn Ministers,